

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung (16. - öffentliche - Sitzung am 24. April 2014)

Beratungsthemen:

1. a) **Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA - Gemeinsame Stärken nutzen, europäische Standards bewahren, Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens verbessern!**
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1091](#)
- b) **Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA - Interessen Niedersachsens wahren, europäische Standards sichern**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/458](#)

Die Koalitionsfraktionen legten einen Änderungsvorschlag zu ihrem Antrag unter [Drs. 17/458](#) vor. Auf dieser Grundlage setzte der Ausschuss die Beratung der Anträge fort und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag der Koalitionsfraktionen in der Fassung des Änderungsvorschlags anzunehmen und den Antrag der Oppositionsfraktionen unter [Drs. 17/1091](#) abzulehnen. Der Ausschuss kam abschließend überein, gleichwohl die gemeinsam mit dem Unterausschuss „Verbraucherschutz“ geplante Anhörung zum transatlantischen Freihandelsabkommen durchzuführen.

2. **Jugendarbeitslosigkeit in Europa gemeinsam entschlossen bekämpfen!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1117](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU dem Votum des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr an, dem Landtag die Annahme des Antrags in unveränderter Fassung zu empfehlen.

3. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Festlegung der evtl. Unterrichtungen durch die Landesregierung zu den dem Ausschuss mit Schreiben der Landtagsverwaltung bis Sitzungsbeginn überwiesenen EU-Vorlagen

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn über eine Reihe von europarechtlichen Vorgängen zu unterrichten.

In diesem Zusammenhang kam der Ausschuss ferner überein, sich durch die Landesregierung auch über einige weitere Themen mit bundes- und europapolitischem Bezug unterrichten zu lassen.

4. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss ließ sich durch die Landtagsverwaltung über den Stand der Vorbereitung seiner parlamentarischen Informationsreise in die Türkei informieren, setzte die Planung der Anhörung zum transatlantischen Freihandelsabkommen fort und klärte eine Reihe weiterer Terminfragen.